



# AMTSBLATT

## DER STADT LEICHLINGEN

Jahrgang 26

Nummer 10

Datum 24.06.2016

INHALTSVERZEICHNIS

### **Amtliche Bekanntmachung der Stadt Leichlingen**

- 18 öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Zukunft der Förderschulen für Lern- und Entwicklungsstörungen im Rheinisch-Bergischen Kreis
- 19 Einladung zur 19. Sitzung des Rates der Stadt Leichlingen am 07.07.2016 um 17.00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses, Am Büscherhof 1, 42799 Leichlingen
- 20 Widmung der Straße „August-Gehrke-Weg“ gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW)
- 21 Satzung über Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz und Entschädigung der beruflich selbstständigen ehrenamtlichen Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Leichlingen vom 24.06.2016

**Herausgeber**

Stadt Leichlingen – Der Bürgermeister  
Am Büscherhof 1 – 42799 Leichlingen

**Ihre Ansprechpartnerin**

Fr. Claudia Gerstner - ☎ 02175/992114

Das Amtsblatt der Stadt Leichlingen erscheint in unregelmäßigen Abständen. Es kann an der Bekanntmachungstafel am Rathaus jederzeit eingesehen werden.

Darüber hinaus besteht auf der städtischen Homepage [www.leichlingen.de](http://www.leichlingen.de) - Rat und Verwaltung - Amtliche Bekanntmachungen- die Möglichkeit das Amtsblatt einzusehen und auszudrucken.



18

### Hinweisbekanntmachung

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Zukunft der Förderschulen für Lern- und Entwicklungsstörungen im Rheinisch-Bergischen Kreis wurde gemäß § 24 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln vom 23.05.2016, Nr. 20, bekannt gemacht. Die Vereinbarung wird gemäß § 24 Abs. 4 GkG NRW am Tage nach der Bekanntmachung wirksam.

Gemäß § 24 Abs.3 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit wird hiermit auf diese Bekanntmachung hingewiesen.

Bergisch Gladbach, 31.05.2016

Rheinisch-Bergischer Kreis  
Der Landrat  
Amt für Schule, Integration und Sport

Im Auftrag

gez. Altendorf

19



Stadt Leichlingen

24.06.2016

### Einladung

zur  
19. Sitzung des **Rates**  
am Donnerstag, 7. Juli 2016, 17:00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Rathauses

### Tagesordnung

#### I. Öffentlicher Teil

Nr.	TOP	Drucksachen-Nr.
1.	Formalien	
2.	Kenntnisnahme der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 28.04.2016	
3.	Informationen des Bürgermeisters	
4.	Informationen aus den Verbänden	
5.	Einwohnerfragestunde	



6. Ausschussumbesetzungen
7. Beschlusskontrolle - öffentlicher Teil - vom 24.06.2016
8. Anregungen und Anträge nach § 24 GO NW
- 8.1. Anregung gemäß § 24 GO NW der Jusos Leichlingen/Witzhelden - Vereinstag Leichlingen / Vorl. vom 02.02.2016 01-3/2016
- 8.2. Antrag nach § 24 GO NW - Zuschuss Leichlinger Reit- und Fahrverein e.V. / Vorl. vom 18.04.2016 01-8/2016
- 8.3. Bürgerantrag nach § 24 GO NW "Hundewiese" / Vorl. vom 19.05.2016 61-3/2016 - 1
9. Umbenennung „Kulturstiftung Leichlingen“ in „Karl Reul Stiftung“ / Vorl. vom 10.06.2016 01-14/2016
10. Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten / Vorl. vom 20.06.2016 32-1/2016 - 1
11. Antrag des RM Herr Reuschel-Schwitalla (Die Linke) - Förderpreis gelebte Integration vom 07.01.2016 / Vorl. vom 23.05.2016 50-5/2016
12. Integrationskonzept der Stadt Leichlingen / Vorl. vom 24.05.2016 50-6/2016
13. Einführung einer Leichlinger Gesundheitskarte für Asylbewerber/innen / Vorl. vom 24.05.2016 50-7/2016
14. Plangebiet "Südwestlich Kradenpuhl/ Kuhler Wiesen" / Vorl. vom 09.03.2016 61-8/2016
15. Priorisierung von Projekten der Stadtplanung und Stadtentwicklung / Vorl. vom 23.05.2016 61-12/2016
16. EEA European Energy Award - Projektfortführung / Vorl. vom 07.06.2016 62-4/2016
17. Aufstellung einer Gestaltungssatzung - Antrag der Fraktion B'90/Grünen vom 08.01.2014 /Vorl. vom 19.05.2016 63-1/2014 - 1
18. Mittelbereitstellung Straßensanierung Eichenstr./ Birkenstr./ Tannenstr. / Vorl. vom 06.06.2016 66-5/2015 - 1
19. Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) 2017 / Vorl. vom 03.06.2016 81-4/2016
20. Verschiedenes



## II. Nichtöffentlicher Teil

Nr.	TOP	Drucksachen-Nr.
1.	Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung	
2.	Kenntnisnahme der Niederschriften - nichtöffentlicher Teil - gemeinsame Sitzung IVB und Rat sowie Rat vom 28.04.2016	
3.	Informationen des Bürgermeisters	
4.	Informationen aus den Verbänden	
5.	Beschlusskontrolle - nichtöffentlicher Teil - vom 24.06.2016	
6.	Verschiedenes	

gez. Frank Steffes  
Bürgermeister

**20**

### **Widmung der Straße „August-Gehrke-Weg“ gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW)**

Die Straße „August-Gehrke-Weg“ wird gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) in der Fassung vom 23.09.1995 für den öffentlichen Verkehr gewidmet und in die Straßengruppe der Gemeindestraßen eingestuft.

Der zu widmende Teil der Straße entspricht den geplanten Straßenabschnitten des Bebauungsplanes Nr. 81, „Gehrke Haus“.

Er besteht aus folgenden Flurstücken:

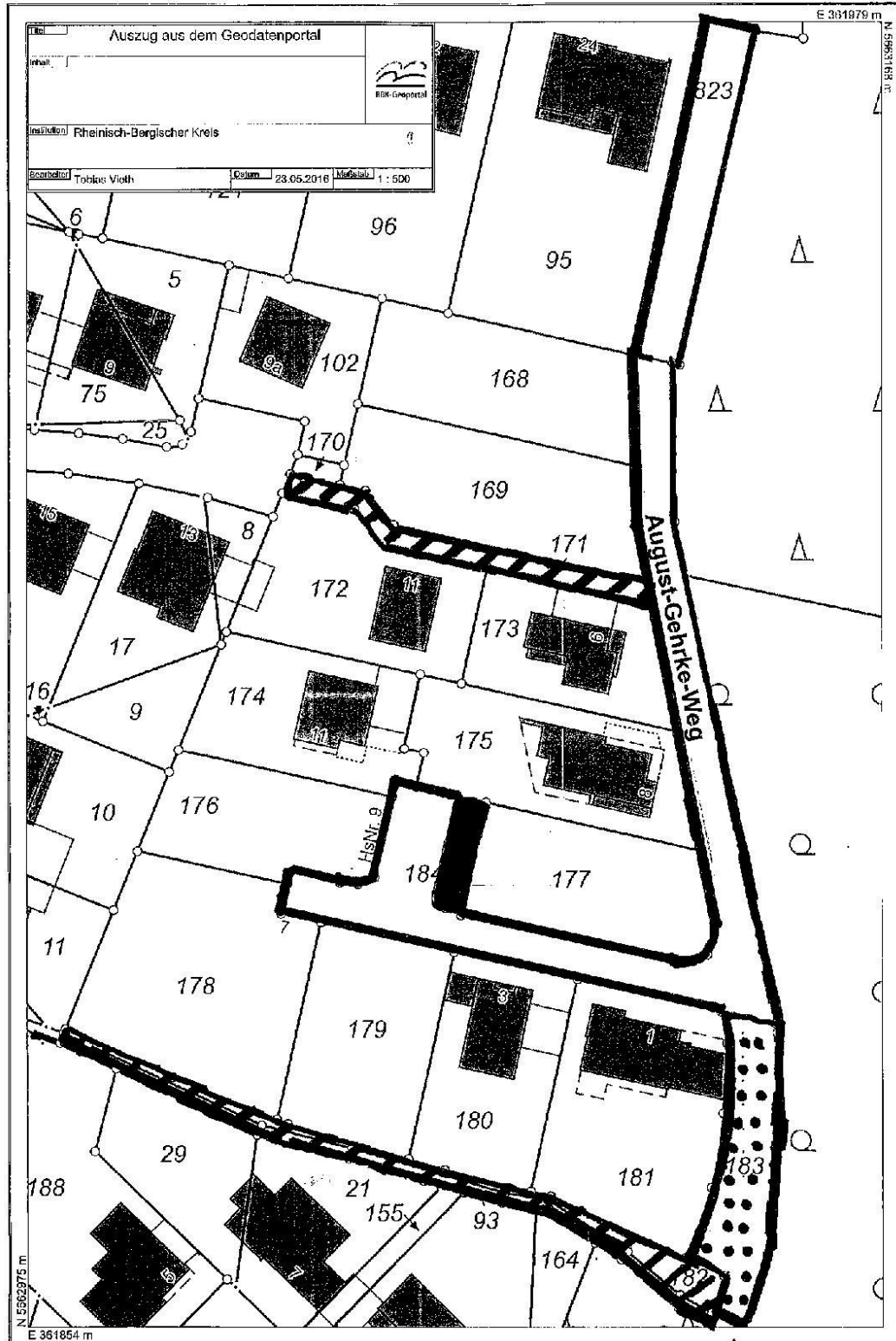
Gemarkung Leichlingen

Flur 51 Flurstück 823

Flur 74 Flurstücke 93, 171, 182, 183, 184

Das Flurstück 823 wird nur bis zur Markierung gewidmet.

Im beigefügtem Plan sind die gewidmeten Flächen zeichnerisch dargestellt.



Schwarze Fläche = Parkplätze  
Schraffierte Fläche = Fußwege

gepunktete Fläche = öffentliches Grün

**Rechtsmittelbelehrung**



Gegen diese Widmungsverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage kann auch in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen – ERVVO VG/FG – vom 07.11.2012 (GV.NRW. Seite 548) eingereicht werden.

Falls die Frist durch das Verschulden eines Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so wird dessen Verschulden dem Kläger zugerechnet.

**Hinweis:** Durch das Bürokratieabbaugesetz II ist das einer Klage vorgeschaltete Widerspruchsverfahren abgeschafft worden. Zur Vermeidung unnötiger Kosten wird empfohlen, sich vor Erhebung einer Klage zunächst mit der Verwaltung in Verbindung zu setzen. In vielen Fällen können so eventuelle Unstimmigkeiten außerhalb des Klageweges behoben werden. **Die Klagefrist von einem Monat wird durch einen solchen außergerichtlichen Einigungsversuch jedoch nicht verlängert.**

Leichlingen, den 17. Juni 2016

gez. Frank Steffes  
Bürgermeister

21

### **Satzung über Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz und Entschädigung der beruflich selbstständigen ehrenamtlichen Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Leichlingen vom 24.06.2016**

#### **Präambel**

Aufgrund der §§ 7, 8 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) mit den seither ergangenen Änderungen und §§ 21 Abs. 1 und 3 und 22 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) vom 17.12.2015 (GV NRW S. 886), hat der Rat der Stadt Leichlingen in seiner Sitzung am 28.04.2016 folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Grundsätze der Aufwandsentschädigung**

(1) Die Stadt zahlt den ehrenamtlichen Führungskräften und bestimmten Funktionsträgern der Freiwilligen Feuerwehr eine monatliche Aufwandsentschädigung, deren Höhe sich nach der jeweils wahrgenommenen Funktion in der Feuerwehr richtet.

Im Folgenden aufgeführte Funktionsträger werden von dieser Regelung erfasst:

- Wehrführer (Leiter der Freiwilligen Feuerwehr)
- stellvertretender Wehrführer (mit Lehrgang F IV)
- Löschzugführer LZ-1 (mit Lehrgang F IV)
- Löschzugführer LZ-4 (mit Lehrgang F IV)
- Löschzugführer LZ-2 (mit Lehrgang F IV)
- Löschzugführer LZ-3 (mit Lehrgang F IV)
- Stadtjugendfeuerwehrwart
- stellv. Löschzugführer LZ-1 (mit Lehrgang F IV)



- stellv. Löschzugführer LZ-4 (mit Lehrgang F IV)
  - stellv. Löschzugführer LZ-2 (mit Lehrgang F IV)
  - stellv. Löschzugführer LZ-3 (mit Lehrgang F IV)
  - stellv. Stadtjugendfeuerwehrwart
  - Mitglieder der Atemschutzwerkstatt
- (2) Bei Mehrfachfunktionen erhöht sich die Aufwandsentschädigung, wird aber auf maximal 200,00 EUR pro Monat limitiert.
- (3) Durch die Aufwandsentschädigung sind die mit der Wahrnehmung des Ehrenamtes verbundenen notwendigen Barausgaben und sonstigen persönlichen Kosten (Telefonkosten, Benzingeld für Fahrten im Stadtgebiet, Schreibmaterial, DV-Kosten u. a.) abgegolten, so dass kein individueller Auslagenersatz vom Feuerwehrangehörigen zusätzlich verlangt werden kann. Ausgenommen bleiben Verdienstaussfallentschädigungen und Kosten für Reisen außerhalb des Stadtgebietes.

## § 2 Höhe der Aufwandsentschädigung

Die Aufwandsentschädigungen für Funktionsträger werden als monatliche Beträge in Euro wie folgt festgelegt:

- |  |            |
|--|------------|
| • Wehrführer (Leiter der Freiwilligen Feuerwehr)   | 200,00 EUR |
| • stellvertretender Wehrführer (mit Lehrgang F IV) | 150,00 EUR |
| • Löschzugführer LZ-1 (mit Lehrgang F IV)          | 125,00 EUR |
| • Löschzugführer LZ-4 (mit Lehrgang F IV)          | 125,00 EUR |
| • Löschzugführer LZ-2 (mit Lehrgang F IV)          | 100,00 EUR |
| • Löschzugführer LZ-3 (mit Lehrgang F IV)          | 100,00 EUR |
| • Stadtjugendfeuerwehrwart                         | 100,00 EUR |
| • stellv. Löschzugführer LZ-1 (mit Lehrgang F IV)  | 75,00 EUR  |
| • stellv. Löschzugführer LZ-4 (mit Lehrgang F IV)  | 75,00 EUR  |
| • stellv. Löschzugführer LZ-2 (mit Lehrgang F IV)  | 50,00 EUR  |
| • stellv. Löschzugführer LZ-3 (mit Lehrgang F IV)  | 50,00 EUR  |
| • stellv. Stadtjugendfeuerwehrwart                 | 50,00 EUR  |
| • Atemschutzwerkstatt (pauschal)                   | 150,00 EUR |
- (unabhängig von der Anzahl der Personen)

## § 3 Zahlung der Aufwandsentschädigung

- (1) Die Aufwandsentschädigungen nach § 2 werden jeweils für einen vollen Kalendermonat gewährt, auch wenn die Funktion während des Monats aufgenommen oder beendet wurde. Sie werden monatlich im Voraus gezahlt.
- (2) Die Zahlung der Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Empfänger länger als drei Monate ohne Unterbrechung seine ehrenamtliche Funktion nicht wahrnimmt, für die über drei Monate hinausgehende Zeit. Die Zahlung entfällt unmittelbar mit Monatsablauf bei Ausschluss und Austritt aus der Feuerwehr oder bei Funktionsenthebung. Der Wehrleiter kann bei nicht pflichtgemäßer Aufgabenwahrnehmung die Aufwandsentschädigung bis auf Null kürzen.



- (3) Die Zahlung der Aufwandsentschädigung erfolgt ab dem Zeitpunkt an dem die Stadt Leichlingen über die Wahrnehmung der Aufgabe durch den Leiter der Feuerwehr in Kenntnis gesetzt wurde. Eine rückwirkende Auszahlung bei zu später Anzeige ist nicht möglich.

#### **§4**

##### **Auslagenersatz**

- (1) Bei Einsätzen und Diensten im Stadtgebiet sowie im Rahmen der überörtlichen Hilfeleistung wird durch die Stadt den ehrenamtlichen Angehörigen kein Auslagenersatz für Verpflegung gewährt. Hierzu wird auf die bestehende Neuregelung über die Zahlung einer Verpflegungskostenpauschale vom 09.08.2011 verwiesen.
- (2) Finden Ausbildungsmaßnahmen/Lehrgänge auf kommunaler Ebene statt, wird ein Verpflegungskostenersatz in Höhe von EUR 5,- pro Tag pro Feuerwehrangehörigen durch die Stadt Leichlingen gezahlt. Die Beantragung des Gesamtbetrags erfolgt nach Abschluss der Ausbildungsmaßnahme auf Basis einer Teilnehmerliste durch den Wehrleiter.

#### **§ 5 Verdienstaussfall**

- (1) Erstattungsansprüche von privaten Arbeitgebern gegenüber der Stadt hinsichtlich der an ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr fortgewährten Leistungen richten sich nach § 21 Abs. 1 BHKG.
- (2) Beruflich selbstständige ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr haben gegenüber der Stadt Anspruch auf Ersatz des Verdienstaussfalles, der ihnen durch die Teilnahme an Einsätzen, Übungen, Lehrgängen und sonstigen Veranstaltungen auf Anforderung der Stadt entsteht. Als Ersatz wird mindestens ein Regelstundensatz gezahlt, es sei denn, dass ersichtlich keine finanziellen Nachteile entstanden sind.

Als Ersatz des Verdienstaussfalls beruflich selbstständiger Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr Leichlingen wird ein Regelstundensatz in Höhe von 20,00 EURO je Stunde festgesetzt.

- (3) Selbstständige ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Leichlingen können eine besondere Verdienstaussfallpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstaussfall glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch einen schriftlichen Antrag, in dem die Höhe des Einkommens unter Vorlage entsprechender Belege, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert werden, glaubhaft gemacht wird. Als Höchstbetrag zur Leistung einer Verdienstaussfallpauschale wird 25,00 EURO je Stunde festgelegt.
- (4) Die Entschädigung wird für höchstens 10 Stunden je Tag gewährt.
- (5) Nach dem Einsatz entscheidet der Wehrleiter unter Berücksichtigung der besonderen Einsatzbedingungen und der persönlichen Gegebenheiten der eingesetzten ehrenamtlichen Kräfte im Einzelfall, ob und inwieweit ihnen eine Ruhezeit zu gewähren ist, bis sie ihre berufliche Tätigkeit aufnehmen oder wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

#### **§ 6 Dienstreisen**

- (1) Dienstreisen außerhalb des Stadtgebietes (wg. Besprechungen, Lehrgängen u. ä.) können nur nach der geltenden Allgemeinen Dienst- & Geschäftsordnung für die Stadtverwaltung Leichlingen (ADGO) in Verbindung mit den Vorschriften des Landesreisekostengesetzes (LRKG) und den dazu ergangenen Verordnungen vergütet werden, wenn der Dienstreise von der Wehrleitung zugestimmt und diese anschließend durch das Ordnungsamt genehmigt wurde.





- (2) Ein Angehöriger der Wehrleitung kann für dienstlich veranlasste Fahrten ein Privat-KfZ benutzen. Bei Benutzung eines Privat-KfZ wird das Risiko der Fahrzeugbenutzung durch den Antragsteller selbst getragen. Schadensersatzansprüche können nicht geltend gemacht werden. Wird ein Privat-KfZ im Rahmen eines Dienstwagennutzungsvertrags benutzt, gelten zusätzlich die Regelungen dieses Vertrags. Für eine nur der Wehrführung zustehende und zu beantragende Wegstreckenentschädigung gelten die Regelungen des § 6, Absatz 1, LRKG.
- (3) Allen anderen Feuerwehrangehörigen kann für dienstlich veranlasste Fahrten aufgrund besonderer dienstlicher Erfordernisse die Nutzung eines Privat-KfZ genehmigt werden, wenn ein Dienstfahrzeug nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Bei Benutzung eines Privat-KfZ wird das Risiko der Fahrzeugbenutzung durch den Antragsteller selbst getragen. Schadensersatzansprüche können nicht geltend gemacht werden. Für eine zu beantragende Fahrtkostenerstattung gelten die Regelungen des § 5 LRKG. Maximal kann der Preis für eine Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Deutsche Bahn: 2. Wagenklasse) erstattet werden.

### **§ 7 Steuer- und Sozialversicherung**

Die Empfänger der Entschädigungszahlungen haben die korrekte steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der empfangenen Gelder selbst sicherzustellen. Die Stadt ist von jeder Haftung freigestellt.

### **§ 8 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Leichlingen in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung über Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz und Entschädigung der beruflich selbstständigen ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Leichlingen vom 15. Januar 2013 außer Kraft.

### **Bekanntmachungsanordnung**

Es wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut der vorstehenden Satzung mit dem Ratsbeschluss vom 28.04.2016 übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung NRW) verfahren worden ist.

Die Bekanntmachung der Satzung wird hiermit angeordnet.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NW gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Leichlingen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Leichlingen, den 24.06.2016

gez. Frank Steffes  
Bürgermeister